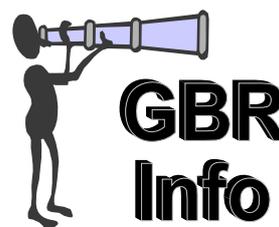


Nr. 3/2011

Wir informieren die Beschäftigten des DGB Bildungswerks



18. März 2011

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist einiges passiert im Bildungswerk in den letzten Wochen und seit unserem letzten GBR-Info vom 24. Februar. Die Interessenausgleichsverhandlungen zur geplanten Schließung der Häuser wurden weitergeführt, wir waren als Gäste in der erweiterten Bundesvorstandssitzung des DGB und wir haben als GBR unser Positionspapier zur Zukunft des Bildungswerks zu Diskussion gestellt.

Vorweg aber der derzeitige Stand und unser aktuelles Fazit zu den Interessenausgleichsverhandlungen.

Wir haben uns als GBR – zusammen mit der NGG - entsprechend der Vereinbarung mit dem Vorstand des Bildungswerks mit eigenen Sparvorschlägen positioniert. Gemeinsam mit der Geschäftsführung haben wir den Einspareffekt unserer Vorschläge bewertet und kamen auf ein jährliches Sparvolumen von ca. 250 bis 300 TE. Da der Jahresfehlbetrag für 2010 zwischenzeitlich auf rund 500 TE nach unten korrigiert worden ist und in der Planung für 2011 sowieso schon ein Plus erwartet wurde, haben wir eigentlich unterstellt, dass unsere Vorschläge eine vernünftige Gesprächsbasis für die weiteren Verhandlungen bilden würden.

Stattdessen aber präsentierte die GF am Freitag (11.03.2011) eine neue eigene Prognose der zukünftigen Ertragsentwicklung, die für die Jahre nach 2012 im Schnitt um 500 TE schlechter liegt, als ihre bisherige Prognose. Relativ zur Prognose aus dem Gutachten der Wirtschaftsprüfer (Korthäuer und Partner) ist die neue Datenlage sogar um rund 800 TE verschlechtert. Damit ist jeder weiteren Diskussion im Interessenausgleich der Boden entzogen.

Die GF strebt die Fortführung der Verhandlungen in einer Einigungsstelle an. Nach unserer Einschätzung vor allem, um möglichst schnell das Scheitern der Verhandlungen erklären und Kündigungen aussprechen zu können.

Wir werden weder für Sasel noch für Niederpöcking diese Strategie der GF einfach hinnehmen, sondern den Kampf um den Erhalt der Bildungszentren genauso engagiert weiterführen, wie wir ihn begonnen haben.

Von einer einvernehmlichen Lösung des Konflikts aber sind weiter weg als je zuvor.

Besuch in Berlin am 01.03.2011:

Der Gesamtbetriebsrat war auf Vermittlung des Vorstands der NGG vom Vorsitzenden des DGB Michael Sommer zur Teilnahme an der erweiterten Bundesvorstandssitzung am 1.3. 2011 eingeladen. Die Sitzung wurde für eine halbe Stunde unterbrochen, damit wir unser Anliegen vortragen konnten. Die Atmosphäre war gut und wir konnten unsere Position so darstellen, wie wir sie uns erarbeitet hatten.

- Ingrid hat etwas zu unseren grundsätzlichen Befürchtungen gesagt. Welche Auswirkungen haben die Schließung der Häuser und die damit verbundene Einschränkung des GB BRQ auf das gesamte Bildungswerk. Gehen durch diese Maßnahmen die Teilnehmerzahlen nachhaltig zurück und bringt die Planung der GF so das gesamte BW in Gefahr? Warum müssen wir eine Mio. Euro sparen? Wer hat diese für uns auch nach vielen Diskussionen immer noch willkürliche Zahl in die Welt gebracht?



Außerdem hat sie nochmals deutlich gemacht, dass wir als Mitarbeiter des BW nicht schlechter gestellt werden dürfen als die Mitarbeiter des DGB.

- Altun hat zum pädagogischen Konzept der Geschäftsführung Stellung genommen. Wir bleiben bei unserer Einschätzung, dass die Aufteilung des Hamburger Seminarbetriebs in Besenbinderhof und Junges Hotel einem pädagogischen Offenbarungseid gleichkommt. Wir verlieren durch die Schließung Sasel unser gewerkschaftliches Stammpublikum ohne dass wir ein wettbewerbsfähiges Angebot für neue Zielgruppen haben. Es sei auch völlig unverständlich, die Schließungen zum Ende dieses Jahres umzusetzen und „mitten in der Saison die Pferde zu wechseln“!
- Bettina hat zur Situation der gewerblich Beschäftigten und zum Vertrauensverlust in das Bildungswerk und den DGB als Arbeitgeber gesprochen. Wir haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei denen beide Partner von Arbeitslosigkeit bedroht sind und die außerdem auch noch ihre Wohnung verlieren werden. Zum Ende des Jahres sollen rund 50 unserer Kollegen und Kolleginnen in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. Wir möchten im Namen aller Beschäftigten des Bildungswerks wissen, ob der für den DGB im Interessenausgleich und Sozialplan vereinbarte Kündigungsschutz auch für die Mitarbeiter des BW Anwendung finden wird. Aktuell wird diese Forderung mit der Begründung abgelehnt, dass das Bildungswerk als eingetragener Verein eigenständige Regelungen zu diesen Fragen treffen muss. Dass wir diese Forderung in einem eigenen Interessenausgleich regeln müssen, wissen wir natürlich auch selbst. Die Frage ist nicht, ob wir im Bildungswerk eine eigene Regelung treffen müssen, sondern ob der DGB Bundesvorstand – also der heute hier versammelte Kreis – bereit ist, den Beschäftigten des Bildungswerks diese Regelungen und diesen Schutz zuzugestehen.
- Blacky schloss sich für die Starnberger Mitarbeiter den Ausführungen von Bettina an. Auch in Starnberg müssen Mitarbeiter um Arbeit und Wohnung fürchten. Durch die Pachtfreiheit in Starnberg für 2011 ist dort zusätzlich die Situation eingetreten, dass das Bildungswerk für die Personalwohnungen keine Pacht zahlt, aber von den Beschäftigten dafür Miete kassiert, also an diesen Beschäftigten noch verdient. Wir verlangen seit Jahren von der Geschäftsführung des Bildungswerks ein klares Bekenntnis zum Standort Starnberg und ein Angebotsprofil, mit dem wir das Haus mit eigenen Veranstaltungen nicht nur zu 40% sondern zu 100 Prozent füllen können. Wichtig ist aber auch noch, dass Starnberg trotz eines hohen Anteils von Gastbelegungen nicht unrentabel ist.

Michael Sommer erteilte dann Dieter Eich das Wort. Er sprach die desolate Lage des Bildungswerks an, die einzusparenden Millionen und die wegbrechenden Zuschüsse des DGB an das BW. Alles das, was wir schon kannten. Michael Sommer betonte, dass er und der Vorstand nicht in die laufenden Verhandlungen eingreifen würden. Wir wiederholten unsere Forderungen an den Vorstand: Zeit bis 2014 und einen neuen Geschäftsführer. Außerdem übergaben wir noch Listen mit insgesamt etwa 4000 Unterschriften zum Aufruf der Beschäftigten des DGB Bildungswerks und zum Aufruf an die Betriebsräte zum Erhalt der Bildungszentren.

Interessenausgleichsverhandlungen am 07.03.2011 in Hamburg-Sasel

Für diesen Verhandlungstag war die kritische Diskussion unseres Positionspapiers einschließlich der vom GBR vorgeschlagenen Einsparprojekte vorgesehen. Wir möchten an dieser Stelle nicht alle Maßnahmen und Sparprojekte darstellen. Wer Interesse an diesem Papier hat, kann sich per Mail eine PDF-Version bei der GBR-Vorsitzenden Ingrid Gohr-Anders bestellen.



Wirtschaftliche Rahmendaten und Ziele

Unser Ziel war und ist ein Interessenausgleich, der den pädagogischen Erfordernissen der Bildungsarbeit genauso Rechnung trägt, wie den finanziellen Rahmenbedingungen des Bildungswerks. Um allerdings zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen, brauchen wir eine realistische und den Notwendigkeiten angemessene wirtschaftliche Zielsetzung, die von beiden Seiten mitgetragen wird. Ausgangspunkt für unsere Berechnungen sind die uns vorliegenden Jahresabschlüsse und Prüfberichte der letzten Jahre und die Prognoserechnung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Korthäuer und Partner für die nächsten Geschäftsjahre bis 2015.

Die Studie ist als Begleitunterlage für die Finanzierungszusagen der VTG an das DGB Bildungswerk erstellt worden und soll gegenüber dem Kreditgeber VTG die Liquiditäts- und Rentabilitätsentwicklung bis 2015 darstellen. Damit ist diese Unterlage – deren einziger Zweck die Plausibilisierung der Entscheidungsdaten für die Schließung der Tagungszentren ist – für uns als GBR maßgeblich für die weitere Diskussion.

Wir tragen als GBR Sparvorschläge zur Verbesserung der Ertragslage des Bildungswerks mit. Darauf haben wir uns in aller Öffentlichkeit bereit erklärt und dazu stehen wir auch.

Der Umfang unserer eigenen Vorschläge und ein daraus abzuleitender Verhandlungskompromiss sind aber nur bis zu einer vernünftigen und auch für die Mitarbeiter nachvollziehbaren Grenze tragbar.

- Das zukünftige Ergebnis des Bildungswerks sollte unter Berücksichtigung aller Einnahmen und Zuschüsse (auch des DGB) sich am Durchschnitt der letzten Jahre orientieren. Das wäre ein durchschnittlicher jährlicher Überschuss von etwa 200 TE. Wobei sich die Frage stellt, warum ein gewerkschaftlicher Bildungsträger Jahresüberschüsse erzielen muss. Erwarten würde man im Durchschnitt ein ausgeglichenes Ergebnis nach Investitionen.
- Die ständige frei verfügbare Liquidität des Bildungswerks (ohne zweckgebundene Projektmittel und nach Investitionen) soll nicht unter 500 TE sinken. Damit verfügt das Bildungswerk über ein Sicherheitspolster zur Absicherung bei Finanzierungsbedarfen außerhalb des laufenden Geschäfts.

Statt sich auf eine Zieldiskussion einzulassen, beharrt die Geschäftsführung weiterhin darauf, dass nicht das Gutachten sondern nur die eigens für die Interessenausgleichsverhandlungen erstellten Szenario-Rechnungen verwendet werden dürfen.

Einsparziel 1 Mio. Euro

Zusätzlich zu dieser Einschränkung wird von der Geschäftsführung außerdem ein Einsparziel von 1 Mio. Euro pro Jahr als Bedingung für den Interessenausgleich gesetzt. Dieses Ziel halten wir nicht nur für unerreichbar, egal mit unserem oder mit dem Konzept der Geschäftsführung. Wichtiger als diese Frage ist für uns in den Verhandlungen, dass niemand erklären kann, warum dieses Ziel eigentlich erreicht werden soll. Weder hat der DGB dieses Einsparziel beschlossen noch braucht das Bildungswerk diese Einsparungen, um rentabel zu bleiben.

Als Antwort auf unsere Kritik an der Verhandlungsführung kommt von Seiten der Verhandlungskommission immer nur der Hinweis auf den Vorstandsbeschluss aus dem Mai 2010. Der hatte als Hintergrund eine aktuelle Liquiditätskrise, die aber - auch dank der guten Auslastung der Tagungszentren - inzwischen überwunden ist.

Inhalte des Interessenausgleichs

In Berlin wurde als Ergebnis des Gesprächs mit Ingrid Sehrbrock vereinbart, dass vorrangig nach einer Lösung zu suchen ist, die mit weniger sozialen Nachteilen für die Beschäftigten auskommt, als die jetzige Planung der GF es tut. Wir wollen die Fortführung der Betriebsratsqualifizierung in eigenen Häusern. Verbunden mit einer Organisationsreform und verbunden mit Restrukturierungsmaßnahmen, die nachhaltig die Kosten senken. Wir wollen die Zeit bis zur nächsten Wahlperiode nutzen, um den Erfolg unserer Maßnahmen durch ein entsprechendes Projekt-Controlling zu überprüfen. Die Geschäftsführung lehnt diese Position entschieden ab.



Interessenausgleichsverhandlungen am 11.03.2011 in Hamburg-Sasel

Mit ihrer Stellungnahme vom 08.03.2011 zu unseren Alternativvorschlägen zementiert die GF nochmals die eigene Position und lässt sich selbst keinen Spielraum für eine Kompromisslösung. Stattdessen wurden am Freitag in einer weiteren Szenario-Rechnung die erwarteten Fehlbeträge und die finanziellen Risiken weiter hochgeschraubt. Wir bleiben dabei, dass ein gemeinsames Ziel erarbeitet werden muss, in dem unsere Ansätze und Stellschrauben mit einbezogen werden. Die jetzige Position der GF ist nicht verhandlungsfähig.

Die Umsetzung von Maßnahmen muss von Seiten der GF unterlassen werden, solange die IA-Verhandlungen laufen. Die GF versichert, dass es nur Gespräche zur Zusammenarbeit gebe, keine Planung oder Bindung für 2012. Tatsächlich laufen die Planungen für das nächste Geschäftsjahr auf Hochtouren. Der GBR behält sich vor, die laufenden Aktivitäten etwa zur Belegungsplanung in diversen Hotels gerichtlich untersagen zu lassen.

Der GBR sieht das Gutachten der Beratungsgesellschaft Korthäuer & Partner als Verhandlungsgrundlage und möchte auch weiterhin darauf aufbauen. Wir verlangen eine weitere Klärungsrunde zwischen der GF, uns und den Autoren der Studie. Die GF ist der Meinung, dass es nichts mehr zu diskutieren gibt.

Die Basta-Mentalität der Geschäftsführung mündet aktuell in dem Vorschlag die Verhandlungen in Form einer Einigungsstelle fortzuführen. Da die Positionen unüberbrückbar auseinander liegen und ein Einigungswille auf der Arbeitgeberseite nicht zu erkennen ist, dient die Einigungsstelle – da sie nicht mit einem Spruch enden kann – nur dem einen Zweck. Der Form wird genüge getan. Inhaltlich wird sich aber nichts mehr bewegen.

Wie geht es weiter:

Am 28.3.2011 findet in Berlin eine außerordentliche Mitgliederversammlung des DGB Bildungswerks statt zu der nur die GF eingeladen wurde. Zeitgleich war für den 28.3. die nächste Verhandlungsrunde zum Interessenausgleich Hamburg angesetzt. Deshalb wird dieser Termin dann in Berlin stattfinden. Auch die Besetzung und die Terminierung der Einigungsstelle sind noch nicht verbindlich vereinbart. Am 29.03.2011 beginnen die Interessenausgleichsverhandlungen für das Tagungszentrum Starnberger See. Wir sind, was die Entscheidung über die Schließung der Tagungszentren angeht, auf der Zielgeraden. Deshalb werden wir Euch zeitnah auf dem Laufenden halten, entsprechende GBR-Infos veröffentlichen und Betriebsversammlungen abhalten. In diesem Zusammenhang wird der GBR am 28.3. auch entscheiden, welche Unterlagen und Daten er veröffentlicht, damit Ihr Euch selbst ein Bild von der wirtschaftlichen Lage machen könnt.

In eigener Sache:

Die Verhandlungen und die damit verbundenen Arbeiten und Reisen sind eine große Herausforderung für die GBR-Mitglieder. Nebenbei versuchen wir noch, unsere „normale“ Arbeit auf dem Laufenden zu halten. Unterstützung von unseren Vorgesetzten erhalten nicht alle von uns, im Gegenteil: Uns werden Schwierigkeiten gemacht, die dazu führen, dass Energien auf Nebenschauplätzen verschwendet werden müssen, die wir eigentlich für die Sache selbst dringend brauchen.

Gesamtbetriebsrat des DGB Bildungswerks

Ingrid Gohr-Anders
Gesamtbetriebsratsvorsitzende